Beilage 1523/2015 zu den Wortprotokollen des Oö. Landtags XXVII. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag

der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Sexualerziehung in den Bildungseinrichtungen

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass von der aktuell überarbeiteten Version des Grundsatzerlasses "Sexualerziehung in den Schulen" Abstand genommen wird und die Standards für Sexualpädagogik unter einer verstärkten Einbindung der Eltern gemeinsam mit Experten und Pädagogen auf neue Beine gestellt werden.

Begründung

Sexualerziehung und ein fundierter Sexualkundeunterricht sind von großer Bedeutung. Vorrangig ist es Angelegenheit der Eltern oder Erziehungsberechtigen, sich dieser besonderen Aufgaben anzunehmen. Nur ergänzend und unterstützend sollen die Bildungseinrichtungen in diesem Bereich tätig werden.

Unter Berücksichtigung der psychischen und physischen Entwicklung der Kinder ist es insbesondere im Hinblick auf die gesellschaftlichen Veränderungen in den letzten Jahrzehnten enorm wichtig, dieses sensible Thema in der richtigen Form und im richtigen Alter anzusprechen. Anordnungen der Lehrer zum "Entdecken des eigenen Körpers und der eigenen Genitalien" bis hin zur "Frühkindlichen Masturbation" – wie es der geplante Erlass "Sexualerziehung in Schulen" dem Vernehmen nach vorsieht – entsprechen diesen Vorgaben definitiv nicht.

Begriffe wie "Liebe" oder "Familie" bleiben angeblich ausgespart. Zudem fehlt eine klare Abgrenzung zu Pornographie und Missbrauch, wie zahlreiche ablehnende Stellungnahmen zum geplanten Erlass bestätigen. Weiters zu kritisieren ist, dass der Staat die maßgebliche Rolle in der Sexualerziehung übernehmen soll und die Eltern an den Rand gedrängt werden.

Die vorgesehenen Standards in der Sexualpädagogik vermitteln einen falschen Zugang zu diesem sensiblen Thema und sind in dieser Form strikt abzulehnen. Sie sollen unter Einbindung von Eltern, Experten und Pädagogen neu überarbeitet werden.

Linz, am 15. Juni 2015

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Wall, Klinger, Steinkellner, Cramer, Povysil, Mahr, Nerat, Lackner, Schießl